

Geschäftsführerin Hannah FreudensteinElisabethstr. 9
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 30. Dez. 2021

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 17. Dezember 2021**Marburger Linke stimmt gegen Gewerbesteuersenkung – Haushalt angenommen bei vier Enthaltungen und drei Gegenstimmen der Marburger Linken – Austritt aus der rot-grünen Koalition**

Wie üblich bei Haushaltsdebatten gab es am 17. Dezember in der letzten Stadtverordnetenversammlung des Jahres 2021 wegen verlängerter Redezeiten, entsprechend der zahlenmäßigen Größe der Fraktionen, keine weiteren Aussprachen. Denn es ging darum, die finanziellen Mittel für die kommunalpolitischen Vorhaben des bevorstehenden Jahres 2022 zu genehmigen – oder zu verweigern. Vorgelegt war ein gemeinsamer Entwurf der Koalition aus Grünen, SPD, Marburger Linke und der Klimaliste. Dieser Entwurf unterschied sich von bisherigen Haushaltsentwürfen dadurch, dass er auf einem Koalitionsvertrag basierte, den die Marburger Linke gleichberechtigt mit erarbeitet hatte.

Der [Koalitionsvertrag](#) war am 2. Dezember unterschrieben worden. Die Koalition stand zunächst unter einem guten Stern, da durch die enormen Gewinne von Biontech ein Zuwachs an Gewerbesteuern zu verzeichnen ist, der die Umsetzung des Koalitionsvertrages sehr erleichtern würde.

Die Marburger Linke hatte bereits in diesen Haushaltsentwurf einige ihrer langjährigen Anliegen in die gemeinsamen Änderungsanträge der Koalition eingebracht, so den Null-Tarif für Stadtpassinhaber*innen ab dem kommenden Jahr, ab Mitte des Jahres den probeweisen Nulltarif für alle Fahrgäste an Wochenenden sowie einen Spielplatz-/Freizeitplatz-Projekt am Richtsberg.

Senkung der Gewerbesteuer – nicht mit der Marburger Linken

Durch die gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen war paradoxerweise Streit in der Koalition vorgeplant, da nach einem Gespräch des hauptamtlichen Magistrats mit Vertretern von Biontech der Vorschlag für eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes von 400 auf 357 auf dem Tisch lag. Dadurch sinken die Gewerbesteuereinnahmen um 34,5 Mio. Euro. Bereits vorher hatte die Stadt Mainz, wo der Hauptsitz des Konzerns liegt, eine Senkung von 440 auf 310 angekündigt.

Grüne und SPD verteidigten diesen Schritt mit dem Hinweis darauf, dass trotz Senkung die Stadt Marburg immer noch über deutlich gewachsene Einnahmen aus der Gewerbesteuer verfügt und die ehrgeizigen sozialökologischen Ziele in keiner Weise gefährdet seien. Mit der Marburger Linke war das nicht zu machen, denn sie hatte in den vergangenen Jahren stets auf eine Erhöhung des – auch nach der früheren Einschätzung des Oberbürgermeisters Dr. Thomas Spies – vergleichsweise niedrigen Marburger Gewerbesteuersatzes gedrängt.

Obwohl in der Koalition keine Einigung über diesen Vorschlag erzielt werden konnte, galt für SPD und Grüne die Hebesatzsenkung als alternativlos.

Wie bereits zuvor in verschiedenen öffentlichen Stellungnahmen bekräftigte die Marburger Linke die gesellschaftspolitische Bedeutung der Gewerbesteuer für die Umverteilung von privatem

Reichtum und die Verantwortung der großen ortsansässigen Betriebe für die Stadtentwicklung. Mit dem klaren Votum der gesamten Fraktion gegen eine Senkung des Hebesatzes stimmte sie gegen Steuergeschenke an die Firmen des Pharmastandorts, aber auch andere Großunternehmen wie die DVAG.

Die Klimaliste bekundete mit einer gespaltenen Abstimmung in Sachen Gewerbesteuer ihre grundsätzlichen Bedenken. Der Pirat und der fraktionslose Grüne stimmten ebenfalls dagegen. Fast naturgemäß sprachen sich CDU/FDP, BfM und AfD ohne Zögern für die Senkung aus.

Gretchenfrage: Wie steht die Marburger Linke zum Haushalt 2022?

An diesem Abend stand aber in der Wehrdaer Evangeliumshalle, wo das Stadtparlament tagte, auch der Haushalt zur Debatte, der die Grundlage für eine Koalition bildet. In der parlamentarischen Praxis ist es üblich, dass die Opposition den Haushalt ablehnt, weil sie das dahinterstehende kommunalpolitische Programm nicht finanzieren will. Die Koalitionsparteien stimmen jedoch dem Haushalt zu, weil sie eben dieses Programm verwirklichen wollen. Daraus ergab sich für die Marburger Linke die heiß umstrittene Frage: Wie den positiven Projekten des Haushalts zustimmen, zugleich aber entschieden gegen die Senkung der Gewerbesteuer auftreten, die auch darin enthalten ist? Der Kompromissvorschlag lautete: gemeinsame Enthaltung beim Gesamthaushalt. Dieser Vorschlag wäre nach intensiven Verhandlungen für die Koalitionspartner*innen ein gangbarer Weg gewesen, um eine produktive Zusammenarbeit trotz des Dissens in der Frage der Gewerbesteuer zu leisten. Die Fraktion Marburger Linke konnte sich aber trotz einer entsprechenden Empfehlung auch des Kreisvorstands der LINKEN nicht darauf einigen. Vier Fraktionsmitglieder enthielten sich, drei stimmten dagegen, wobei klar war, dass Nein-Stimmen zum Haushalt auch Nein-Stimmen zur Koalition bedeuten.

Die Klimaliste stimmte dem Haushalt geschlossen zu, bei gespaltenen Abstimmung zur Senkung der Gewerbesteuer.

Damit blieb Stefanie Wittich, die für die Marburger Linke die [Haushaltsrede](#) hielt, nur noch, den Austritt der Fraktion aus der Koalition – nach 15 Tagen „Regierungspartei“ – festzustellen.

Sie hatte zuvor bereits angekündigt, ihr Mandat als Stadtverordnete zum Ende des Jahres niederzulegen. Für ihre bisherige Arbeit erhielt sie vom gesamten Plenum einhelligen Respekt und Anerkennung. Ihre Nachfolgerin ist Anja Kerstin Meier-Lercher, zugleich Kreistagsabgeordnete der LINKEN.

Kompromisslos in die Krise

Bleibt festzuhalten: Nach einstimmigem Votum der Fraktion und einstimmiger Empfehlung des Kreisvorstands der LINKEN hatten die Vertreter*innen von Fraktion und Kreisverband der LINKEN im Frühsommer 2021 Koalitionsgespräche mit Bündnis90/Die Grünen, SPD und Klimaliste aufgenommen. Der ausgearbeitete Koalitionsvertrag hatte auf einer gemeinsamen Veranstaltung des Wahlbündnisses Marburger Linke und DER LINKEN die Zustimmung von knapp drei Vierteln der Anwesenden erhalten und war Anfang Dezember von Vertreter*innen der vier Fraktionen, darunter der Kreisvorsitzenden der LINKEN, öffentlich unterzeichnet worden. In der Dezember-Sitzung des Stadtparlaments waren drei Mitglieder der Fraktion nicht bereit, trotz unstrittiger gemeinsamer Ablehnung einer Senkung der Gewerbesteuer und trotz einer Empfehlung des Kreisvorstands der LINKEN, sich beim Haushalt 2022 zu enthalten – bei Gefahr, gewichtige Verbesserungen für die Marburger Bevölkerung aufs Spiel zu setzen. Dieses Unvermögen, sich in einer zentralen Frage auf eine gemeinsame Position zu einigen, markiert die Krise der Fraktion Marburger Linke.

Die Marburger Linke wird sich kommunalpolitisch neu positionieren müssen.

Wir wünschen Gesundheit, erholsame Feiertage und einen guten Start in ein friedliches Jahr 2022.

Renate Bastian

Stefanie Wittich